

29. NOV. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/228

Bonn, den 29. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Prophet mit Schlagseite 49

Kleiner Beitrag zur Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung

2 - 3 Abrüstung oder Aufrüstung ? 100

Überlegungen vor Bundeskanzler Erhards Besuch in Washington

Von unseren Korrespondenten in USA

4 Trübe Aussichten für die Krankenhäuser in Bayern 51

Sachfremde Eingriffe der Finanzbürokratie

Von Otto Mohrmann, MdL

5 Moderner Tourismus 48

Beachtliche Leistungen der "STAR-Reisen"

+ +

Prophet mit Schlagseite

Kleiner Beitrag zur Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung

G.M. - Kein Zweifel, der Herr Bundeskanzler ist ein erstaunlicher Mann, ein Prophet! Dieser Tage habe ich noch einmal seine Wahlreden gelesen. Nicht alle, das wäre zuviel verlangt. Genaßüchtig bin ich auch nicht.

Aber alles, was Recht ist, der Mann kann reden. Sanft und wild, weich und hart, mit und ohne Tremolo. Und dann dieser Geist, dieser Weitblick! Alles hat er vorausgesagt. Die Preissteigerungen, den Währungsschwund, die allgemeine Unsicherheit und Unzufriedenheit, die materialistische Denkweise, die deformierte Gesellschaft, den Egoismus der Interessengruppen. (Bitte dreimal das R rollen)

Man sollte die düsteren Ahnungen unseres Herrn Bundeskanzlers rückwirkend in sich aufnehmen. Akustisch und - wenn möglich - auch optisch.

Da ständen sie um ihn herumformiert. Die Notabeln aus Stadt und Land, die Honorationen der Wirtschaftswunderlichkeit, breit lächelnd und zufrieden. Auf den Gesichtern stand geschrieben: Wir haben ja unseren Kanzler.

Und wie der es den Sozis gegeben hat! Eine helle Freude, wie in alten Zeiten. Von den kleinen Finschern gar nicht zu reden, die haben bei uns sowieso nichts zu melden. Her mit der Zigarre, dem Symbol des Wohlstands; Brust raus, Bauch rein! Wollen doch mal hören, wie so eine richtige deutsche Eiche knarrt.

Die Inflation wird kommen (Bravo). Die Gesellschaft und die Gesellschaften werden sich deformieren. Die Kommunisten werden uns überfallen, alles wird zugrunde gehen, was ich aufgebaut habe, aufgebaut in rühmvollem, zäher Arbeit (Tremolo). Nur wenn ihr M I C H wählt, wird das Unheil verhütet werden können. Nur meine feste Hand wird es schaffen, unsere Verbündeten, unser Ansehen in der Welt (Bravo).

Aber wenn ihr den anderen wählt - ihr wißt schon wen - dann wird es bergab gehen, dann rollt das Chaos über uns hinweg oder wir in es hinein (Bravo). Ich sage es Euch, ich, der ich den Kat zur Währungsreform hatte, als andere noch... - ihr wißt schon (Bravo).

Alles das hat der Herr Bundeskanzler vorausgesagt, als er, die Wahllokomotive, durch die Lande rollte. Und sie hörten seine Stimme, er wurde gewählt. Knapp zwar, aber immerhin. Rund 40 Prozent der Wähler wollten ihm nicht glauben, die Kleingläubigen, die Miesmacher.

Und alles ist eingetroffen. Die Preise steigen, die Mark hat galoppierende Schwindsucht, die Gesellschaft deformiert sich und unsere Verbündeten meinen tatsächlich, wir wollten Atombomben (die anderen glauben es schon seit langen).

Nur hat die Sache einen Haken; einen kleinen, aber immerhin einen Haken. Alles ist eingetroffen, was der Herr Bundeskanzler prophezeit hat. Der Haken ist nur der: Er hat alles prophezeit für den Fall, daß die Sozialdemokraten siegen würden. Die Sozialdemokraten haben nicht gesiegt (woran man wieder einmal erkennen kann, wie gemein sie sind), und der Herr Bundeskanzler ist wieder Bundeskanzler. Alles prasselt auf uns nieder, was eigentlich nur prasseln sollte, wenn der Bundeskanzler nicht gesiegt hätte.

Aber in der Sache hat der Prophet Recht behalten. Das ist ein Trost. Erhard ist ein Prophet; ein Prophet mit Schlagseite.

Abrüstung oder Aufrüstung ?

Überlegungen vor Bundeskanzler Erhard's Besuch in Washington

Von unserem Korrespondenten in USA

Bundeskanzler Erhard's Besuch in den Vereinigten Staaten in der zweiten Dezemberhälfte stellt Präsident Johnson und seine Regierung vor ein schweres Dilemma. Professor Erhard's Besuch ist diesmal kein Höflichkeitsbesuch oder eine jener traditionellen Zeremonien, mit denen sich heutzutage Regierungschefs befreundeter Länder von Zeit zu Zeit gegenseitig versichern, was sie doch alles für prächtige Menschen sind und wie innig sie einander lieben. Vielmehr ist dieses Mal ernstlich und gründlich eine harte politische Nuß zu knacken, und keiner von beiden Gesprächspartnern ist um diese Verantwortung zu beneiden.

Man hätte eigentlich diese harte Nuß schon vor etlichen Monaten, allerspätstens im Frühling dieses Jahres, anpacken und vielleicht sogar knacken sollen; aber jedermann, vor allem aber der Mann im Weißen Hause, schob die Entscheidung heraus.

Um was handelt es sich? Es handelt sich um das Problem des "atomaren Schirmes" für die Deutsche Bundesrepublik, die, hart an der Demarkationslinie der kommunistischen Staatengruppe gelegen, im Falle kriegerischer Zuspitzungen zwischen Ost und West befürchten muß, hilflos totaler Vernichtung ausgesetzt zu sein, wenn sie nicht der Garantie und Gewissheit atomarer Verteidigung teilhaftig ist. Aus dieser (sachlich zweifellos gerechtfertigten) Erwägung ergab sich eine zweite, die etwas zweifelhafter ist: Als wirkliche Großmacht zählt heute nur, wenn man zum "atomaren Club" gehört; die Deutsche Bundesrepublik ist zwar heute ökonomisch und auf anderen zivilen Gebieten eine Großmacht allerersten Ranges, aber politisch ist sie es, eben aus diesem "atomaren" Grunde, keineswegs. Nun sucht Deutschland ein Mitspracherecht über den Einsatz von Atomwaffen, wenn die NATO zur Kriegshandlung gezwungen wird.

Im Prinzip hat die Regierung der Vereinigten Staaten das längst bewilligt: Seit langen sind die Bombenflugzeuge der deutschen Luftwaffe mit Geschossen ausgerüstet, die "atomare Köpfe" haben - nur können diese Atomköpfe nur ausgelöst werden, wenn mit Hilfe eines elektronischen Fernlenksystems der zuständige amerikanische (und nicht der deutsche) Offizier auf den entscheidenden Knopf drückt. Dieser amerikanische Offizier darf das nur auf ausdrücklichen Befehl eines einzigen Mannes tun, seines Obersten Kriegsherrn im Weißen Haus. Soll man an diesem Zustand etwas ändern, soll eine Komiteebehörde von NATO-Regierungschefs diese letzte höchste Entscheidung treffen dürfen, vielleicht gar nur mit Mehrheitsbeschluss?

Washington hatte im vorigen Jahr geglaubt, mit der Schaffung der "gemischten" Flotte von Atomraketen tragenden Kriegsschiffen die ideale Kompromißformel gefunden zu haben; aber inzwischen sind so viele Bedenken dagegen laut geworden, daß man diesen Plan praktisch aufgegeben hat. Inzwischen hat man auch in Amerika selber Zweifel an der ganzen Idee geäußert: Es besteht heute eine gewisse, wenn auch nicht übermäßig große Aussicht, zu einer "Entspannung" mit der Sowjetunion zu kommen, - begünstigt durch die Differenzen, die Moskau mit Peking hat. Moskau aber hat hoch und heilig proklamiert, daß es keinerlei

Entspannung mehr geben kann, sobald Deutschland seine Hand an den atomaren "Drücker" setzen darf; für Moskau wäre das, zu Recht oder Unrecht, das Signal zur Neuaufgabe des "Kalten Krieges".

Daraus ergibt sich die ganze Größe des amerikanischen Dilemmas. Soll man das zarte Pflänzchen der Entspannung mit der Sowjetunion, ja sogar die dünne Hoffnung, Moskau eines Tages einmal auf "unsere Seite" ziehen und damit das Weltbild ganz entscheidend verbessern zu können, aufs Spiel setzen, nur weil in Deutschland Großmachtsprestige atomare Mitkontrolle fordert? Oder aber soll man umgekehrt legitime Sicherheitsbedürfnisse eines zuverlässigen Verbündeten und vielleicht gar das ganze mühsam aufgebaute Sicherheitssystem der NATO leichtfertig aufs Spiel setzen, nur um einer ungewissen und unzuverlässigen Entspannung mit Moskau willen, von der niemand weiß, wie gut sie je werden und wie lange sie anhalten kann?

Desperat sucht Washington die Antwort auf diese Frage, - möglichst in Form einer Kompromißlösung. Aber eine solche Kompromißlösung hat noch niemand gefunden, - wenigstens keine, die Hand und Fuß hätte. Man müßte dann der Bundesrepublik geben, was sie verlangt, ohne doch Moskau zu erzürnen, oder aber Moskau zufriedenstellen, ohne Bonn vor den Kopf zu stoßen: das heißt praktisch, nicht nur einen, sondern gleich zwei Peize zu waschen, ohne sie naß zu machen.

Zwei Fingerzeige über die amerikanische Haltung liegen vor. Das eine war eine Erklärung von Vizepräsident Humphrey Anfang Oktober vor den NATO-Parlamentariern, in der er unbestimmt sagte, es müsse eine Form von irgendeiner deutschen Mitsprache bei dem Einsatz der Atomwaffen gesucht und gefunden werden, - und das zweite war ein "working paper", ein Grundlagedokument, des Staatsdepartements vom 18. Oktober, das genau das gleiche sagte, in ganz ähnlich unpräziser und hilfloser Form. Nun darf man zwar vermuten, daß inzwischen irgendetwas Neues in den Washingtoner Amtsstuben ausgeklügelt worden ist, weil doch der Präsident schließlich nicht Erhard mit leeren Händen begrüßen will und man irgendeine Diskussionsgrundlage braucht; aber ob diese noch unbekannte Formel die Quadratur des Kreises gefunden hat und runderum Befriedigung auslöst, weiß natürlich noch kein Mensch. Und erst recht weiß niemand, was die übrigen NATO-Mitglieder sagen werden, wenn die Kompromißformel bei ihnen zur Sprache kommt.

Vor ein paar Wochen hat Walter Lippmann, nach wie vor Amerikas schlauester politischer Publizist, empfohlen, die ganze Streitfrage beiseite zu schieben. Er glaubt, daß eine Entspannung mit der Sowjetunion die allgemeine Sicherheit in Europa erhöhen und damit auch automatisch den deutschen Interessen und dem deutschen Sicherheitsbedürfnis dienen müßte, während umgekehrt sämtliche Atombomben der westlichen Welt nicht ausreichen würden, der Bevölkerung der Bundesrepublik echten Schutz und echte Sicherheit zu garantieren. Es ist schwer, in diesem Ratschlag nicht ein Körnchen guter Weisheit zu erblicken, auch wenn natürlich ein klarer Risikofaktor in dieser Rechnung übrig bleibt. Es läßt sich sehr wohl denken, daß Johnson und Erhard genau das tun werden: mit einer platonischen, durchaus ernst gemeinten Erklärung die gegenseitige Bündnistreue bekräftigen, auch im grausigen Fall atomarer Konfrontationen, - und im übrigen abwarten, wie sich das Verhältnis zu den Herren im Kreml demnächst weiter gestaltet. Und vielleicht wäre als Ergebnis des amerikanisch-deutschen Dialogs das noch gar nicht das schlechteste.

Trübe Aussichten für die Krankenhäuser in Bayern

Sachfremde Eingriffe der Finanzbürokratie

Von Otto Mohrmann, MdL

Die fernsehdemokratischen Gewohnheiten des Bundeskanzlers scheinen auch in Bayern Schule zu machen. So übergab Innenminister Junker seinen Krankenhausplan-Entwurf nicht dem Landtag, der die Staatsregierung im Mai 1961 um Vorlage eines solchen Planes ersucht hatte, sondern zunächst einmal der Presse. Dabei muß doch das Parlament den Plan behandeln und gutheißen. Vom Innenministerium in jahrelanger Vorarbeit entwickelt und von Landesgesundheitsrat gebilligt, verdienen die Schlußfolgerungen der Denkschrift zur Krankenhausplanung in Bayern durchaus das Prädikat "krankenhausfreundlich". - Das war einmal! Vielleicht war es das schlechte Gewissen des Innenministers, das ihn um die Kritiker im Parlament einstweilen einen Umweg machen ließ.

Jetzt liegt der Plan endlich zur Vervielfältigung im Landtagsamt vor, doch die Abgeordneten kennen ihn bisher nicht. Auch die Presse kennt nicht den Entwurf der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums, sondern nur eine vom Finanzministerium mit dem Rotstift bzw. mit der Planierdraupe bearbeitete Fassung. Das Ergebnis verdient den Namen "Plan" kaum noch. Mit den sachfremden Eingriffen der Finanzbürokratie wurde dem Krankenhausplan das Rückgrat herausgenommen; von Krankenhausfreundlichkeit kann keine Rede mehr sein.

Einst war der "Goldene Zügel" die beherrschende Idee, d.h., durch verstärkte Hergabe staatlicher Mittel sollte der Bau solcher Krankenhäuser begünstigt werden, die ihren Platz in einem über das ganze Land ausgedehnten wohlüberlegten System haben würden. Der "Goldene Zügel" mußte natürlich aus Geld bestehen. Der heute mit durchschnittlich 60 000 DM angenommene Errichtungspreis eines Krankenhausbettes, bei einem 300 Betten-Krankenhaus also 18 Mio., schreckt die auch von anderen Sorgen geplagten Krankenhausträger ab, denn zu der einmal zu übernehmenden Zins- und Tilgungslast kommen ja sowieso noch die grossen laufenden Betriebsdefizite infolge unzureichender Erlegesätze. Unter den Händen des Finanzministeriums wurde jedoch aus dem "Goldenen Zügel" ein schwacher Bindfaden.

Einfach gestrichen wurde z.B. der Grundsatz, daß 50 Prozent der Errichtungskosten durch staatliche Förderungsmittel gedeckt werden sollten. Gerade darauf wäre es angekommen. Gestrichen wurde ferner der ganze Finanzplan für zehn Jahre, der einen jährlichen Staatsaufwand von 66 Mio. DM vorsah, insgesamt also bis 1975 von 660 Mio. DM, um bis dahin in Bayern ein ausreichendes Netz von Grund-, Haupt- und Zentralkrankenhäusern entstehen zu lassen. Dieser Zehnjahresplan war das Rückgrat des Ganzen. Er wurde wegoperiert. Zusätzlich sollten Alterspflegebetten in den Altersheimen verstärkt gefördert werden zur Entlastung der Akutkrankenhäuser von Pflegefällen und ebenso Personalwohnungen außerhalb der sonstigen Aufgaben der Kommunen im sozialen Wohnungsbau. Beide Erleichterungsmaßnahmen zugunsten der Krankenhausträger sind verkürzt und verstümmelt worden.

Nun sollen für 1966 insgesamt staatlicherseits etwa 50 Mio. DM für den Krankenhausbau eingesetzt werden, ungefähr dasselbe wie 1965. Stagnation tritt damit an die Stelle der bisherigen Aufwärtsentwicklung. In 8,5 Milliarden-Haushalt 1966 mit einem Zuwachs von 1% gleich 850 Mio war kein Platz für die erste 65 Mio.-Rate des Zehnjahresplanes für Krankenhäuser. Alle Welt spricht in der Bundesrepublik von mehrjähriger Budgetplanung zur Sanierung der Staatsfinanzen! Beim bayerischen Finanzministerium aber kommt selbst ein kleiner Schritt auf ein Teilgebiet in diesem Sinne nicht an. Alles in allem: trübe Aussichten für unsere Krankenhäuser: + + +

Moderner Tourismus

Beachtliche Leistungen der "STAR-Reisen"

VL - Millionen Deutsche sind in diesem Jahr wieder ins Ausland gefahren, um dort ihre Ferien zu verbringen. Sie alle hat das Bernweh gepackt; aber sicher trieb auch das schlechte Wetter in Mitteleuropa die Urlauber an Gestade, wo sie mehr Sonne zu finden hofften als in der Heimat.

Zahlreiche Reisebüros organisieren heute den modernen Tourismus. Der Kunde ist - angeblich - König. Ihm werden die schönsten Hotels, die weißesten Strände, die höchsten Berge, das beste Wetter und die niedrigsten Preise versprochen. Es gibt aber eine Reiseorganisation, die mehr bieten will. Das ist die STAR-Reisen GmbH, eine Gesellschaft, die der IFWTA (International Federation of Workers Travel Associations) angeschlossen ist. Zu den Mitgliedern dieser internationalen Organisation zählen u.a. Schwedens größtes Reise- und Hotelunternehmen, die REISO, die schweizer POPULARIS sowie die RUEPA in Österreich. Belgien hat sich mit der ATO und Israel mit der HISEOUR der internationalen Organisation angeschlossen. Insgesamt zählt die Föderation jetzt 24 Mitglieder aus 20 Nationen und vier Kontinenten!

Die deutsche STAR-Reisen GmbH wetteifert im Rahmen der internationalen Föderation mit einer Urlauberbetreuung, die bei weitem den Rahmen dessen sprengt, was man im allgemeinen "Tourismus" nennt. Abgesehen von der Vorbereitung von Reisen für ältere Menschen und Jugendreisen übernimmt die STAR-Reisen GmbH auch die Organisation von Ferienlagern und Studienreisen. Besonders bemerkenswert ist die Betreuung von ausländischen Studiengruppen, die nach den Richtlinien der UNESCO förderungswürdig sind, sowie die Zusammenarbeit mit der UNESCO auf sozialem Gebiet.

Am Ende jeder Reise-Saison tauschen die der internationalen Föderation angeschlossenen Organisationen auf Konferenzen ihrer Exekutive Erfahrungen aus, spüren Fehlern und Pannen ihrer Arbeit nach und setzen die Maßstäbe für die kommende Saison. Die letzte Tagung dieser Art fand Mitte Oktober in Hannover statt. Hier konnten die Delegierten aus zahlreichen Ländern feststellen, daß die STAR-Reisen GmbH zur größten Konzentration internationaler Reiseunternehmen geworden ist und über einen wesentlichen Anteil am Welttourismus verfügt. Erfreulich war auch die Feststellung, daß die sozialen Reiseprogramme und die Zusammenarbeit mit der UNESCO besonders bei der Jugend vieler Länder starke Beachtung findet. Auf diese Weise kann die STAR-Reisen GmbH einen beachtlichen Beitrag zur Völkerverständigung leisten, da sie nicht nur für die reibungslose Organisation von Urlaubsreisen sorgt, sondern den von ihr betreuten Gruppen auch die Möglichkeit bietet, die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme des Landes kennenzulernen, in dem sie ihren Urlaub verbringen.

Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn man sagt, daß die von der STAR-Reisen GmbH im Rahmen der IFWTA geleistete Arbeit eine wertvolle Unterstützung jener Bemühungen darstellt, die notwendige Erholung auf Erlaubereisen mit der Bereicherung des Wissens der Urlauber zu verbinden.